

\*\*\*\*\*

## Einlauf und Zuweisungen

**Präsident Karl Bader:** Hinsichtlich der eingelangten, vervielfältigten und verteilten Anfragebeantwortungen und eines Schreibens des Ministerratsdienstes des Bundeskanzleramtes betreffend den Aufenthalt eines Mitglieds der Bundesregierung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union verweise ich auf die im Sitzungssaal verteilten Mitteilungen gemäß § 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates, die dem Stenographischen Protokoll dieser Sitzung angeschlossen werden.

Ebenso verweise ich hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen im Sinne des § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf die gemäß § 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung im Sitzungssaal verteilten Mitteilungen, die dem Stenographischen Protokoll dieser Sitzung angeschlossen werden.

*Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:*

### **A. Eingelangt sind:**

#### **1. Anfragebeantwortungen:**

*(Anlage 1) (siehe auch S. 15)*

#### **2. Aufenthalt von Mitgliedern der Bundesregierung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union:**

*Schreiben des Ministerratsdienstes des Bundeskanzleramtes betreffend den Aufenthalt von Frau Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Dipl.-Ing. Maria Patek, MBA, am 11. und 12. Juli 2019 in Finnland (Anlage 2)*

### **B. Zuweisungen**

#### **1. Gesetzesbeschlüsse (Beschlüsse) des Nationalrates:**

*(siehe Tagesordnung)*

#### **2. Vorlagen der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder:**

*Verkehrstelematikbericht 2019 (III-689-BR/2019 d.B.)*

*und*

*Tätigkeitsbericht der Schienen-Control GmbH 2018 (III-690-BR/2019 d.B.)*

*zugewiesen dem Ausschuss für Verkehr*

\*\*\*\*\*

B U N D E S R A T  
Liste der Anfragebeantwortungen

3378/AB-BR/2019	Mag. Andreas Reichhardt	BMVIT
3661/J-BR/2019	Verkehrssituation im Bezirk Reutte	
3379/AB-BR/2019	Mag. Andreas Reichhardt	BMVIT
3660/J-BR/2019	Schwerverkehr auf der B 179 durch den Bezirk Reutte	
3380/AB-BR/2019	DDr. Clemens Jabloner	BMVRDJ
3649/J-BR/2019	Asylbeschwerden beim BvWG im Jahr 2018	
3381/AB-BR/2019	Dr. Wolfgang Peschorn	BMI
3648/J-BR/2019	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl 2018	

\*\*\*\*\*

Anlage 2

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

An den  
Präsidenten des Bundesrates

Parlament  
1017 Wien

BKA - MRD (Ministerratsdienst)  
mrd@bka.gv.at

**Gabriele MUNSCH**  
Sachbearbeiterin

gabriele.munsch@bka.gv.at  
+43 1 53 115-202217  
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

eMail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an mrd@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: BKA-350.200/0098-MRD/2019



Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes teilt mit, dass sich die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Dipl.-Ing. Maria PATEK, am 11. und 12. Juli 2019 in Finnland aufhalten wird. Ihre Angelegenheiten im Bundesrat am 11. Juli 2019 lässt sie durch Bundesministerin Mag. Dr. Iris RAUSKALA wahrnehmen.

Wien, am 5. Juli 2019  
Für die Bundeskanzlerin:  
Gollubits

Elektronisch gefertigt

	Unterzeichner	serialNumber=932783133,CN=Bundeskanzleramt,C=AT
	Datum/Zeit	2019-07-05T12:10:39+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="https://www.signaturpruefung.gv.at">https://www.signaturpruefung.gv.at</a> Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="https://www.bka.gv.at/verifizierung">https://www.bka.gv.at/verifizierung</a>
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.

\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*

**Präsident Karl Bader:** Eingelangt sind und den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind. Die Ausschüsse haben ihre Vorberatungen abgeschlossen und schriftliche Ausschussberichte erstattet.

### **Antrag gemäß § 16 Abs. 3 GO-BR**

**Präsident Karl Bader:** Ich gebe bekannt, dass von den Bundesräten Karl Bader, Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen gemäß § 66 der Geschäftsordnung des Bundesrates der Antrag zur Abhaltung einer **parlamentarischen Enquete** zum Thema „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft. – Chancen der Dezentralisierung“ eingebracht wurde.

Hiezu wurde gemäß § 49 Abs. 1 in Verbindung mit § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates beantragt, diesen Selbständigen Antrag gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Ausschussvorberatung in Verhandlung zu nehmen.

Ich lasse daher über den Antrag der Bundesräte Karl Bader, Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen, diesen Selbständigen Antrag auf Abhaltung einer parlamentarischen Enquete gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Ausschussvorberatung in Verhandlung zu nehmen, **abstimmen**.

Hiezu ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich bitte nun jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem vorliegenden Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Einstimmigkeit**. – Vielen herzlichen Dank.

Der Antrag, den Selbständigen Antrag auf Abhaltung einer parlamentarischen Enquete gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Vorberatung durch einen Ausschuss unmittelbar in Verhandlung zu nehmen, ist somit mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit **angenommen**.

Ich werde daher die Tagesordnung um den Selbständigen Antrag auf Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft. – Chancen der Dezentralisierung“ ergänzen und diesen als 36. Tagesordnungspunkt in Verhandlung nehmen.

### Behandlung der Tagesordnung

**Präsident Karl Bader:** Ich habe die zuvor genannten Verhandlungsgegenstände beziehungsweise die Entschließungsanträge 261/A(E)-BR/2019 und 267/A(E)-BR/2019 sowie den Selbständigen Antrag auf Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zum Thema „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft. – Chancen der Dezentralisierung“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Wünscht zur Tagesordnung jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Aufgrund eines mir zugekommenen Vorschlages beabsichtige ich, die Debatte über die Tagesordnungspunkte 5 bis 7, 8 und 9, 14 und 15, 18 und 19, 24 bis 26, 28 und 29, 30 und 31 sowie 32 und 33 jeweils unter einem zu verhandeln.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall.

### Fristsetzungsanträge

**Präsident Karl Bader:** Vor Eingang in die Tagesordnung gebe ich noch bekannt, dass Herr Bundesrat David Stögmüller einen Fristsetzungsantrag gemäß § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung eingebracht hat, wonach dem Kinderrechteausschuss zur Berichterstattung über den Entschließungsantrag 249/A(E)-BR/2018 betreffend „Weiterführung der Jugendhilfe nach Erreichung der Volljährigkeit“ eine Frist bis zum 10. Oktober 2019 gesetzt wird.

Den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend werde ich den Fristsetzungsantrag nach Erledigung der Tagesordnung zur Abstimmung bringen.

Ich gebe weiters vor Eingang in die Tagesordnung bekannt, dass Bundesrat David Stögmüller einen Fristsetzungsantrag gemäß § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung eingebracht hat, wonach dem Ausschuss für Verkehr zur Berichterstattung über den Entschließungsantrag 262/A(E)-BR/2019 betreffend „zweigleisigen Ausbau der Nordwestbahnstrecke zwischen Stockerau und Hollabrunn“ eine Frist bis zum 10. Oktober 2019 gesetzt wird.

Den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung entsprechend werde ich den Fristsetzungsantrag nach Erledigung der Tagesordnung zur Abstimmung bringen.

Ich gebe weiters vor Eingang in die Tagesordnung bekannt, dass Bundesrat David Stögmüller einen Fristsetzungsantrag gemäß § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung eingebracht hat, wonach dem Ausschuss für Verkehr zur Berichterstattung über den Entschließungsantrag 263/A(E)-BR/2019 betreffend „Rücknahme der Verordnung zu

Tempo 140 auf österreichische Autobahnen“ eine Frist bis zum 10. Oktober 2019 gesetzt wird.

Den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung entsprechend werde ich den Fristsetzungsantrag nach Erledigung der Tagesordnung zur Abstimmung bringen.

Vor Eingang in die Tagesordnung gebe ich zusätzlich bekannt, dass Bundesrat David Stögmüller einen Fristsetzungsantrag gemäß § 45 Abs. 3 der Geschäftsordnung eingebracht hat, wonach dem Justizausschuss zur Berichterstattung über den Entschließungsantrag 264/A(E)-BR/2019 betreffend „Ausfinanzierung der Justiz jetzt!“ eine Frist bis zum 10. Oktober 2019 gesetzt wird.

Den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend werde ich den Fristsetzungsantrag nach Erledigung der Tagesordnung zur Abstimmung bringen.